

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

123 (27.5.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 spalten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 10 Pfennig. Bei Werberwerbungen nach Tarif, bei der Nichterfüllung des Auftrages, bei geschäftlicher Zerschlagung nach dem Rechte der Anzeigen-Entwerfer und bei sonstigen Umständen nach Tarif. Die Anzeigen-Entwerfer sind verpflichtet, die Anzeigen rechtzeitig zu liefern. Die Anzeigen-Entwerfer sind verpflichtet, die Anzeigen rechtzeitig zu liefern. Die Anzeigen-Entwerfer sind verpflichtet, die Anzeigen rechtzeitig zu liefern.

Nummer 123 Karlsruhe, Dienstag, den 27. Mai 1930 50. Jahrgang

Moldenhauer, der „starke Mann“ Steuerdebatte im Reichstag

Berlin, 26. Mai. (Eig. Draht.) Es ist eine alte Erfahrung, je schwerer einer ist, um so mehr beißt er den starken Mann heraus. Das zeigt das deutlicher als der jetzige Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Geleitet hat er bisher nichts. Die Finanzminister, die unter seiner Regierung angenommen worden sind, hat er alle dem Druck der Regierungsparteien hinnehmen müssen. Dieser Mann reißt aber ins Land und läßt draußen Reden, die ihn als den großen Führer der Reichsfinanzen hinstellen sollen. Am Samstag hat er in Köln gesprochen. Das ist seine Heimatstadt. Vielleicht glaubte er sich dort besonders in Ruhe werfen zu können. Er hatte aber das Pech, daß die ihm nahestehende „Reichszeitung“ einen ausführlichen Bericht veröffentlichte. Darin hat er gesagt, daß die Sozialdemokratie sich aus der Regierung entfernen habe, weil sie die Verantwortung für die Sanierung der Reichsfinanzen nicht habe übernehmen wollen. Ferner hat der Reichsfinanzminister droht, ohne den Reichstag regieren zu wollen. Mit leichtem Achselzucken und ironisch meinte er, die Regierung werde sich durch Rücksicht auf Westbeit nicht abhalten lassen. Der Reichsfinanzminister droht also mit glatten Versprechungsbrüchen. Dr. Hildebrand (Soz.) stellte ihn zu Beginn der Montags-Sitzung des Reichstags und verlangte von dem Reichsfinanzminister die Sanierung der Finanzen über diese unerhörte Rede. Hinfällig des Austritts der Sozialdemokratie aus der Regierung sei das Gegenteil des von Moldenhauer Gesagten richtig. Gerade die Sozialdemokratie habe durch sofortige Beitragsreduzierung für die Arbeitslosenversicherung die Sanierung der Finanzen verlangt. Die Moldenhauerische Rede zeige, daß er den Reichstag unter die Bedeutung des Reichstags in der Kaiserzeit herabdrücken wolle. Herr Moldenhauer solle sich selbst sein lassen, daß die Verfassungsfragen für die Sozialdemokratie nicht arbeitliche, sondern Gewissensfragen seien. Der heidenhafte Reichsfinanzminister machte bei der Rede Hildebrand ein Gesicht, als sei er aus allen Wolken gefallen. Dann sprach er sich und gab unter wachsendem Ertaumeln des Hauses seine Rede ganz und gar preis. Er wollte ganz etwas anderes sagen, als ihm sein Kölner Blatt in der Mund gesetzt hat. Moldenhauer wußte er es selbst nicht mehr. Herr Moldenhauer mag als Unterlehrer für Reichsfinanzen, auch als Vorkämpfer der S.C.-Partei seine Verdienste haben, aber als Reichsfinanzminister ist er die unzulänglichste Erscheinung, die je auf diesem Platz gestanden hat.

der Zentrumsantrag ein Sühneopfer für Herrn Schlad bedeute? Er fragt die Wirtschaftspartei, warum sie denn vor sechs Wochen für die Mineralwassersteuer gestimmt habe, wenn sie jetzt schon wieder aufgehoben werden soll. Er verhöhnte die Wirtschaftspartei auch deshalb, weil diese nicht vorausgesehen habe, daß die Warenhaussteuer abgewälzt werde. Die Sozialdemokratie hat damals als einzige Partei im Reichstag darauf hingewiesen, daß die Warenhaussteuer im Grunde eine Belastung des Mittelstandes sein werde, weil die von den Warenhäusern auf die Lieferanten abgewälzte Steuer schließlich den weniger zahlungsfähigen Kunden, also den Mittelständlern auf die Preise aufgeschlagen werde. Die Deutschnationalen haben das schon bestritten. Bei der Wirtschaftspartei wird es wohl noch etwas länger dauern, bis sie die Dummheit der Sonderumlagen einsehen. Sämtliche Vorschläge zur Umsatzsteuer wurden schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und Kommunisten dem Steuerzuschuß übertragen. Das Ermäßigungsgebet zur Steuerlichen Erleichterung wurde mit einfacher Mehrheit angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, in der Einleitung zu diesem Gesetz festzustellen, daß es verfassungswidrig ist, wurde im Himmelssturm mit 174 Stimmen der Regierungsparteien und der Deutschnationalen gegen 156 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Die Nationalsozialisten haben sich also diesmal mit den Sozialdemokraten für den Schutz der Verfassung erhoben. Es fällt einigermaßen auf, daß die Nationalsozialisten seit einigen Wochen im Reichsparlament zu großen Schweigern geworden sind. Nur beim Reichswehrhaushalt hat ihr General von Epp eine Rede gehalten. Sonst haben sie bei den Haushaltsberatungen, auch bei sehr wichtigen Gelegenheiten sich nicht zum Wort gemeldet.

Die Ausdrücke über die Kölner Rede Moldenhauers, auf die sich andere Parteiführer einließen, mußte sich an die Beratung des Ermäßigungsgebets zu Steuernmaßnahmen und Beihilgen der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft. Am die Beratung des Gebetsbittens über die Liquidierung der Bank für deutsche Industrieobligationen in Verbindung mit dem Antrag über Veränderung des Umsatzsteuergesetzes. Der erste Gebetsbittens will die Reichsregierung ermächtigen, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichsoberverwaltungsorgans bei folgenden Gebieten Erleichterungen einzutreten zu lassen: Kapitalertragsteuer, Grundbesitzsteuer, Vertriebssteuer, Veräußerung inländischer Aktiengesellschaften u. v. m. Der sozialdemokratische Sprecher Abg. Dr. Hildebrand führte den Gebetsbittens an, daß dieses Gesetz verfassungswidrig sei, also mit Zweifeln behaftet angenommen werden müßte. Gegen den Gebetsbittens der Demokrat Abg. Fischer, daß eine verfassungswidrige Mehrheit notwendig sei. Auch er verließ allerdings nicht, warum der Reichsfinanzminister diesen Weg einschlägt, statt sich den Versuch zu machen, den ordentlichen Weg der Gesetzgebung zu beschreiten. Er ermahnt den Reichsfinanzminister, solche Gebetsbittens mit dem Hinweis auf den Artikel 48 zu vermeiden, sonst könne die demokratische Fraktion politische Konsequenzen daraus ziehen. Nicht weniger deutlich machte Hildebrand dem Reichsfinanzminister klar, daß dieser in Köln Unfug gemacht habe. Spöttisch meinte Hildebrand, der Reichsfinanzminister solle sich doch endlich den Ruf nach einem starken Mann schenken und den Reichstag durch die Tat beschleichen, daß er der starke Mann sei. Der Reichstag quittierte mit fröhlichem Gelächter. Die Debatte wandte sich dann den Anträgen auf Abänderung der Umsatzsteuer zu.

Macdonald über Indien

Bombay, 26. Mai. (Eig. Draht.) Die Lage in Indien hat sich in den letzten 24 Stunden sehr verschärft. Streiks und Kämpfe mehrten sich an zahlreichen wichtigen Orten. Außer den üblichen Verhaftungen ist es am Montag mehrmals zu blutigen Zwischenfällen gekommen. Die Polizei konnte vielfach der Lage nicht mehr Herr werden. An verschiedenen Stellen wurde Militär zur Unterstützung herangezogen. In Baroda wurden acht Personen getötet. Alle Städte der Stadt wurden nach dem Zwischenfall geschlossen. Es ist mit der Behauptung des Ausnahmezustandes zu rechnen. In Peshawar und Umgebung wurden verschiedene Salzdépôts von arabischen Menschenmassen angegriffen. Den Eingeborenen gelang es, in das Depot Khara goda einzudringen und sich der Salzsäure zu bemächtigen. Als die Polizei eintraf, wurden über 100 Personen verletzt, davon vier schwer. In Rangoon hat es 12 Tote und 52 Verletzte gegeben. Hier bildeten Kämpfe zwischen streikenden Arbeitern und Arbeitwilligen die Ursache des Einschreitens der Polizei.

Deutsch-polnischer Grenzzwischenfall

W. B. Marienwerder, 26. Mai. Ueber einen Grenzzwischenfall wird amtlich mitgeteilt: Am 24. Mai, abends 21 Uhr sind zwei polnische Grenzbeamte, ein Offizier und ein Unteroffizier, die unbekannt die deutsch-polnische Grenze überschritten hatten, in das etwa 25 Meter von der Grenze entfernt stehende, um diese Zeit unbesetzt deutsche Bahnhäuschen bei Neuhöfen im Kreis Marienwerder eingedrungen. Als ein deutscher Beamter in das Häuschen hinein wollte und die Tür öffnete, erhielt er sofort einen Revolvererschuß, der ihn an der linken Hand leicht verletzte. Der deutsche Beamte machte jetzt auch von seiner Schusswaffe Gebrauch und brachte dem polnischen Unteroffizier einen Bauchschuß bei. Der angeschossene deutsche Beamte erhielt darauf noch drei weitere Revolvergeschüsse, die ihn aber nur leicht verletzten. Inzwischen drangen weitere deutsche Beamte in das Bahnhäuschen ein und entlockten die beiden Polen. Die Tür des Häuschens wurde von der Seite der durch weitere polnische Beamte, die ebenfalls die Grenze unbekannt überschritten hatten, unter Feuer gehalten, jedoch die deutschen Beamten gesungen waren. Den Rückschlag zum Polizeihäuschen in Neuhöfen mit den beiden festgenommenen durch ein Fenster anzutreten, das der polnischen Grenze und damit der Schützrichtung abgewandt war. Auf dem Rückschlag wurde die deutschen Beamten weiterhin von den polnischen Beamten beschossen worden. Der verletzte polnische Unteroffizier ist inzwischen gestorben. Es ist ausdrücklich festzustellen, daß keiner der deutschen Beamten die deutsch-polnische Grenze überschritten hat; im Gegenteil ist keiner von ihnen näher als 25 Meter an die Grenze herangekommen. C. B. Berlin, 26. Mai. Zu dem deutsch-polnischen Grenzzwischenfall erfahren wir von unterrichteter Reichsseite, es sei festgestellt worden, daß es sich auf deutscher Seite nicht um Reichspolizisten handelte, sondern um preussische Grenzpolizisten. Die Verlesungen des deutschen Beamten, der viermal getroffen wurde, sind ungefährlich. Der eine festgenommene polnische Beamte hat einen Bauchschuß erlitten. Wie heute 12 Uhr fernmündlich mitgeteilt wurde, ist er dieser schweren Verletzung in Marienwerder, wohin man ihn gebracht hatte, erlegen.

Thüringens Schulgebete vor dem Staatsgerichtshof

Berlin, 26. Mai. (Eig. Draht.) Reichsinnenminister Dr. Birk hat an den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den Antrag gestellt, den thüringischen Regierungserlach wegen der Schulgebete für verfassungswidrig zu erklären.

Thüringens Nationalsozialisten üben Bürgerkrieg

Die Leitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Gau Thüringen teilt dem Soz. Pressedienst mit: In letzter Zeit ist im Lande Thüringen eine verstärkte militärische Tätigkeit der Reichsradikalen wahrzunehmen. Die Übungen werden in aller Öffentlichkeit durchgeführt, geradezu unter Duldung der Polizei. Bezeichnend hierfür ist eine dieser Tage bei Gotha durchgeführte Feldübung. Dort waren rund 250 uniformierte und feldmarschmäßig ausgerüstete Nationalsozialisten zusammengezogen. Sie benutzten ein früheres Übungsareal neben dem Schießplatz der Landespolizei. In zwei Abteilungen eingeteilt, wurde ein streng durchgeübtes Manöver vorgeführt. Alle Schützengraben dieses Geländes wurden neu ausgehoben. An der feldmarschmäßigen Ausrüstung der Beteiligten fehlten lediglich Seitenwaffe und Gewehr. Eine ähnliche Übung wurde kürzlich bei Stahlhelmern und Nationalsozialisten vereint bei Rudolstadt durchgeführt. Hier waren 150 Mann beteiligt. Sie erzielten von Sonntag vormittag um 7 Uhr bis nachmittags um 3 Uhr. Alle Teilnehmer verfügten über glänzende Ausrüstungen. In einem Feldzug bei Altenburg übten Nationalsozialisten Straßenkämpfe. Die Anzahl der Beteiligten war nicht genau festzustellen; da sie Beobachter von diesem Gelände fernhalten vermochten. Wie lange wird das Treiben noch von der Reichsregierung geduldet?

Kundfunkrede zur Beruhigung

Kolonialpolitik zum Besten der Völker Der englische Premierminister Macdonald erklärte in Schottland in einer Kundfunkrede: Die Selbstverwaltung der Kolonialvölker ist natürlich das Endziel der Politik der Arbeiterregierung. Man soll sich jedoch hüten, die englische Aufsicht über die Kolonialvölker zu frühzeitig aufzuheben, weil dann die Kolonialvölker sehr leicht Gefahr laufen, in den Zustand zurückversetzt zu werden, aus dem sie von England herausgezogen worden sind. Das englische Imperium kann aber nur dann dem Schicksal früherer Weltmächte entgehen, wenn es sich den Notwendigkeiten der Zeit anpaßt. England hat zum besten der Welt noch eine große Aufgabe zu erfüllen, vorausgesetzt, daß es die Gegenwart erfährt und die Zukunft vorbereitet. Wir haben den Völkern zu bemerken, daß unsere Verwaltung ehrlich und aufrichtig zum besten der Völker gemeint ist, damit wir sie künftig als gleichberechtigte Partner im englischen Imperium erhalten.

Gegenüberstellungen in Düsseldorf

Düsseldorf, 26. Mai. (W. B.) Im Verlauf der Vernehmungen des Peter Kürten, der im dringenden Verdacht steht, die im Laufe des letzten Jahres in Düsseldorf begangenen zahlreichen Morde ausgeführt zu haben, fand eine Gegenüberstellung Kürtens mit der Frau Meurer statt, die von ihm wiedergehoben und schwer verwundet wurde. Die Gegenüberstellung gestaltete sich äußerst dramatisch. Frau Meurer, die infolge der Dunkelheit nur eine oberflächliche Personalbeschreibung des Täters geben konnte, sich aber deutlich der Stimme erinnerte, mußte, an alle im Zimmer Anwesenden belanglose Fragen richten, auf die beantwortet wurde. Nachdem sie mit einigen Beamten gesprochen hatte, kam Kürten an die Reihe. Nachdem dieser nur einige Worte gesprochen hatte, rief Frau Meurer aus: „Dieser Mann ist der Täter. Sein Tonfall in der Stimme und seine Gestalt sind die gleichen, wie die des Mannes, der mich verfolgte und niederstach.“ Auf die Frage der Frau Meurer: „Weshalb haben Sie mich eigentlich verfolgt?“, erklärte Kürten ohne Zögern: „Ich habe Sie verfolgt, um Sie zu ermorden.“ Die Gegenüberstellung mit der Gertrud Schulte nahm einen ähnlichen Verlauf. Als die Schulte in das Zimmer eintrat, sah sie sich einer Reihe von Kriminalbeamten gegenüber, unter denen sich wiederum Kürten befand. Mit schnellem Blick überflog sie die Anwesenden, dann hob sie den Arm und zeigte mit der Hand auf Kürten: „Das ist der Mann, der mich unter dem Namen Baumgarten angeprochen hatte, begleitete und schließlich niederstach.“ Düsseldorf, 26. Mai. Das Polizeipräsidium teilt mit: Es ist bekannt, daß Peter Kürten eine Anzahl Briefe geschrieben hat, in denen er auf seine Tätigkeit aufmerksam machte. Ehe in die eigentliche Schriftverlesung eintrat, wurde, legte heute der Schriftführer Dr. Schneider auf Grund seines anamnestischen Studiums der Briefe dem Peter Kürten aus bestimmte Fragen vor über besondere Merkmale dieser Briefe, die nur dem Schreiber der Briefe bekannt sein konnten. Diese Fragen hat Kürten in einer Weise beantwortet, die seine Urheberhaftigkeit an den Briefen zweifelsfrei erscheinen läßt. Die vorgenommene Verlesung der Originalbriefe mit dem von Kürten neu hergestellten Briefproben ergab völlige Übereinstimmung.

Frankreichs soziale Hintergründe

Der französische Mensch als Arbeiter

Von Lis. Dr. Hans Hartmann (Elberfeld)

Frankreichs ökonomische Verhältnisse haben ohne Zweifel nicht die Reife, wie die der hochentwickelten Industrieländer Amerika, England und Deutschland. Das patriarchalische System liegt dort noch nicht so weit zurück und es sind noch beachtliche Reste davon vorhanden. Und es ist ein anderer Umstand, der die Entwicklung eines Kollektivbewusstseins der Arbeiterklasse erschwert: das ist die enorm große Einwanderung, die nach der Meinung vieler zu einer Gefahr für den Bestand der Nation werden kann. Man rechnet bei ungefähr 40 Millionen Gesamtbevölkerung gegen 3 Millionen Ausländer.

In heutigem Maße auch Italiener und Spanier im Süden. Und es bleibt nicht aus, daß in den großen Industriegebieten, besonders im nordfranzösischen Kohlengebiet eine zusammengewürfelte Masse entsteht, die diesen Gebieten einen ähnlich unübersichtlichen Charakter verleiht, wie ihn früher das Ruhrgebiet hatte. Da ist es freilich sehr schwer, eine Arbeiterbewegung zu organisieren und ihr ein bestimmtes Strombett zu schaffen.

Freilich wirkt der Zwang der Verhältnisse auf der anderen Seite immer härter und so mehren sich die Anzeichen, daß das Bewußtsein für die Kollektivlage des Arbeiters wächst.

Die Gewerkschaften haben seit der Vorkriegszeit ihre Mitgliederzahl etwa verdoppelt, und zwar auf gegen 700 000. Die sozialistische Partei hat höchstens 100 000 Mitglieder, sie ist mehr eine Rahmenpartei, was bei der Abneigung des Franzosen gegen Organisation verständlich ist. Aber bei Wahlen bringt sie leicht mehr als doppelt so viel Stimmen auf, wie es Gewerkschaftsmitglieder gibt. Die Gewerkschaften sind parteipolitisch sehr neutral, man kann sagen, daß von ihren leitenden Stellen etwa drei Fünftel mit Sozialisten besetzt sind, aber ohne Zweifel wächst auch bei den nichtsozialistischen Wählern das Bewußtsein, daß die Zeit des patriarchalischen Systems zu Ende geht, und so sind die Gewerkschaften im ganzen genommen ein guter Boden zur Entwicklung des Kollektivbewusstseins des arbeitenden Menschen.

Man darf nun nicht verneinen, daß es auch kommunistische Gewerkschaften gibt, deren Mitgliederzahl man auf höchstens 250 000 schätzen kann, die aber bisher augenblicklich bei Anwendung einer scharfen Klassenkampfpolitik und unter heimlicher Unterstützung vieler kommunistischer Intellektueller noch wachsen werden.

In ähnlichem Maße wie das Bewußtsein der Klassenlage wächst aber bei der französischen Arbeiterklasse

das Bewußtsein der kulturellen Mission.

Von Jahr zu Jahr werden die Schwächen jener bürgerlichen Scheinkultur mehr aufgedeckt, die zwar nach außen hin glänzende Erfolge zu erzielen weiß, aber das wichtigste Gegenwartsproblem, also das der Arbeit und der Arbeitsfreude, nicht einmal ansatzweise denn zu lösen weiß.

So hatte die Freude, der Einweihung des neuen sozialistischen Parteihauses (rue Victor Massé 9) beizuwohnen, die sich zu einem großen Feste in einem der größten Säle im 2. Bezirk gestaltete, der eine Hochburg der organisierten Arbeiterklasse ist. Der Fest, wie alle proletarischen Feste der großen europäischen Städte, im Osten. Freilich hat sich das französische Citoyenbewußtsein erwachsen, daß dieser Osten doch durch breite Boulevards und Parks gegliedert aussieht, als der Osten in Berlin oder London. Jene Feste nun zeigte, daß die Arbeiterklasse sich die maßgebende Volkshorbewegung, an der die ersten maßgebenden Fachleute des Landes wie Professor Radiguer mitwirken, zu nütze macht. Man knüpft dabei an alte Traditionen an; die französische Revolution seitigte eine Anzahl fränkischer und ansehnlicher Volkslieder, und es gibt einen Meister, Goffier, auf den die Volkshorbewegung fest zurückgreift, und es geschieht das mit Bewußtsein. Als der belgische weit bekannte sozialistische Abgeordnete Piéard auf die Bedeutung der Musik, dieser internationalen Sprache „par excellence“ für die Verwirklichung einer sozialistischen Kultur hiewies, nahmen das die mehreren tausend Zuhörer begeistert auf. Aber nicht nur die Musik wird als Kulturelement gewertet, sondern auch auf den praktischen und viel gefährlicheren Gebieten wie dem des Militarismus zeigt sich, daß die Arbeiterklasse an der Spitze marschiert. So konnte ein Verwandlungskünstler auf dem gleichen Feste in der Masse eines alten französischen Soldaten ohne Schamlosigkeit die Worte lauten: „Frankreich wird groß durch die Wissenschaft und nicht durch die Anzahl seiner Soldaten.“ Man darf natürlich nicht verneinen, daß viele bürgerliche Kreise in Frankreich auch so denken; der Stand des Offiziers gibt zum Beispiel im öffentlichen Bewußtsein durchaus nicht als höherwertig gegenüber den anderen Berufen, wie im alten Deutschland, eher umgekehrt. Aber das Bewußtsein als dieser Dinae und der Mut, sie öffentlich zu vertreten, ist eben bei der Arbeiterklasse am meisten entwickelt.

Wie ist nun die wirkliche Lage des französischen arbeitenden Menschen?

Da wird man sich von zwei Seiten her vor einer falschen Beurteilung hüten, was man sieht, hüten müssen. Zunächst fällt auf, daß die äußere Lebenshaltung oft übermäßig einfach ist, und man ist sicher, daß der deutsche Arbeiter sich nicht damit zufrieden geben würde. Ich habe im Wiederhaufengebiet „Wohnungen“ gesehen, bei denen ein Stück vom Schlachtfeld aufgeleiertes Wellblech als Dach oder Wand diente. Und ich habe in Südfrankreich die Häuser gesehen, in denen die kleinen Weinbergbauern oder die Arbeiter „hauen“ und die mindestens tausend Jahre alt sind; sie wirken wie alte Burgen aus der Römerzeit, ohne Licht und Luft. Aber der französische Mensch ist so an sich besonders anspruchslos, und auch der Mittelstand wohnt oft in Löchern, die nicht wert sind, Wohnungen zu heißen. Die Wohnungsfrage ist sehr schwerer dort drüben. Die Wohnungsanwartschaft wird von Jahr zu Jahr gemindert, und zwar hat das Gesetz ein bestimmtes Schema dafür im Jahre 1923 aufgestellt. Danach hat die Wohnungsanwartschaft auf am 1. Juli 1927 für Wohnungen, die am 1. August 1914 mehr als 12 000 Franken gekostet haben, am 1. Juli 1928 für die über 9 000, 1929 für die über 6 000, 1930 für die über 3 000, und am 1. April 1931 für alle übrigen. Man sieht also, daß die eigentliche Krise 1931 droht, und die Sozialisten werden es als ihre Aufgabe betrachten, sie so weit wie eben möglich zu vermeiden. Aber schon in diesem Jahre beginnt, wie die Fachleute versichern, die Krise sich unangenehm bemerkbar zu machen. Die Mittel gegen die Krise sind natürlich von verschiedener Art, sie hängen von der Auffassung in sozialen Dingen zusammen. Es ist aber bezeichnend, daß auch die französische Privatwirtschaft den Baumarkt nicht in Ordnung bringen kann. So gab es 1906 bei einem sechshündigen Arbeitstag 970 597 Bauarbeiter, die letzte Zählung 1921 aber wies bei einem achthündigen Arbeitstag nur 995 886 Bauarbeiter auf. Und auch jetzt noch ist die Bauwirtschaft um etwa 17 Prozent hinter der der Vorkriegszeit zurück.

Es ist also zur Zeit noch wenig Aussicht auf Besserung der französischen Wohnungsverhältnisse für die breiten Massen. Die großen Betrieben und ähnliche Betriebe bauen wohl Wohnungen, allerdings in einer Aufmachung die uns ganz frolos anmutet; aber sie bemühen ihre Macht zu einem rigorosen Vorgehen gegen alle ihnen unliebsamen. Das französische Arbeitsrecht ist so noch nicht so ausgebildet wie das deutsche und läßt der individuellen Willkür viel mehr Raum. Aber nun darf man bei diesen ganzen Tatsachen eben doch nicht vergessen, daß der Franzose mit weniger sich begnügt, — man kann sagen: leider — seine Ansprüche allzu sehr herabsetzt. Das Wort von der verdamnten Anpruchslosigkeit hat da keine nur zu große Berechtigung.

Die zweite Gefahr einer falschen Beurteilung besteht bei der Frage der Arbeitslosigkeit.

Es ist richtig, daß es in Frankreich keine Arbeitslosigkeit gibt und daß das Land daher vielen als Paradies erscheint. Die deutsche und österreichische Einwanderung hat sich denn auch in letzter Zeit sehr

gesteigert. Wer arbeiten will, bekommt heute noch Arbeit. Aber es sprechen doch gewichtige Gründe dagegen, daß das so bleibt. Einmal wächst mit der Einwanderung die Zahl der Angehörigen des fünften Standes und damit, da manche doch als Gelegenheitsarbeiter in Frage kommen, die industrielle Reservearmee. Und je mehr sich auch die französische Industrie rationell umstellen muß, um so mehr wird diese Reservearmee wachsen. Das ist also nur eine Frage der Zeit. Dabei wollen wir die welt- und reparationspolitischen Probleme noch nicht einmal aufrollen; das würde eine eingehende getrennte Betrachtung erfordern. Man spürt auch deutlich in französischen sozialistischen Kreisen, daß das Bewußtsein der sich verhärtenden Krise zunimmt. Von da aus kann man sich auch die recht starken bolschewistischen Tendenzen erklären.

Entwicklung der Versicherungs- und Schutzbestimmungen

nicht verneinen dürfen. Es gibt eine bekannte Vorstellung, als ob der Charakter des Franzosen wesentlich auf Lebensversicherung ausgehe. Das ist nicht unrichtig, aber die Durchführungspraxis des Rentenversicherungsgesetzes, die sich mit 60 Jahren zur Ruhe setzt, pflegt, ist durch die Inflation weitgehend erschüttert worden. Die Kaufkraft des Vermögens bzw. der Renten ist etwa auf den fünften Teil gesunken, und die breiten Massen der mittleren und handarbeitenden Klassen verdienen nicht genug, um sich so schnell genügend zu sparen. Zwar ist der Reallohn etwa der der Vorkriegszeit, aber die schlimmen Jahre machen wie bei uns viele Neuanstellungen nötig. Und der Sparinn hat natürlich unter dem Inflationserlebnis nachgelassen, ähnlich wie bei uns. So führt die allgemeine Unruhe über ein verfallendes Land der gesamten Gewerkschaften, und die vom Vorkriegsstand immer wieder verschobene Sozialversicherung zu erzwingen.

Für die einzelnen Gebiete der Sozialversicherung sieht die Sache so aus: Durch die übermäßige Inflation der Gewerkschaften und Sozialisten (wie ein sozialistischer Führer sagt) gelang es

Das große Sozialversicherungsgezet

durchzuführen. Dabei war es aber nicht möglich, eine Lebensversicherung mit in das Gesetz aufzunehmen. Hier wird eine Zwangsfrage der Wirksamkeit weiter helfen, die auch an der Lebensversicherung weitere Verbesserungen vorzunehmen werden.

Das französische Versicherungssystem ist, wie man aus allen Dokumenten entnehmen muß, nicht so einheitlich und staatslich organisiert, wie das deutsche. Vielmehr wird es so organisiert, daß die Gewerkschaften (Syndikate) die Klassen organisiert haben, die aber auch die großen Konfessionellen Verbände der selben Art haben. Dann bricht ein harter Kampf zwischen den Klassen und den Gewerkschaften aus.

Schließlich sei noch ein Punkt berührt, der in allen Ländern mehr und mehr ein Kennzeichen der wirklichen sozialen Lage wird, nämlich die Frage des Neugeborenen.

Schutz der Neugeborenen

zusammenhängt (also Mutterchaftsversicherung, Wöchnerinnenversicherung usw.). Da hat man am 24. Oktober 1919 für die Versicherung ein Stillschreiben eingeführt. Seit 1918 gibt es bereits Zuschüsse für kinderreiche Familien, die durch Gesetz vom 22. Juli 1923 erweitert wurden. Bei mehr als drei Kindern kann man für jedes Kind 300 Franken jährlich bekommen und das ist auch nach dem letzten bürgerlichen Sozialgesetz zu wenig.

Überblicken wir das Ganze, so sehen wir: den französischen Volksmassen geht es nicht besser als den deutschen, und das ist uns in dem Bewußtsein beizubehalten, daß

überall in der Welt die arbeitenden Menschen noch einen großen Kampf

um das Recht, die Würde und den angemessenen Ertrag ihrer Arbeit zu führen haben.

Reichspräsident und Reichswehr

Ein wertvoller Erlass des Reichspräsidenten

Reichspräsident v. Hindenburg hat an die Reichswehr einen Erlass gerichtet, der eine neue Fassung der im Jahre 1922 formulierten Bestimmungen über die Berufspflichten der Angehörigen der Wehrmacht enthält. Die neue Fassung bringt auch eine vereinfachte, durch stärkere Klarheit sich auszeichnende Verordnung über die Pflichten, die den Reichswehrangehörigen in beruflicher Beziehung unter allen Umständen obliegen. Die drei ersten Artikel haben diesen Wortlaut:

„Die Reichswehr ist das Machtmittel der geschwägigen Reichsgewalt. Sie schützt die Grenzen des Deutschen Reichs und seinen Bestand nach außen und nach innen.“

Das deutsche Reich ist eine Republik.

Ihrer Verfassung schwört der Soldat die Treue. Die unzerstörliche Wahrung der dem Vaterlande gelobten Treue ist die vornehmste Pflicht des Soldaten.

Die Reichswehr dient dem Staat, nicht den Parteien. Politische Betätigung ist dem Soldaten verboten. Die Treue gebietet dem Soldaten, im Krieg und im Frieden mit allen seinen Kräften bis zur Opferung des Lebens seine Pflicht zu tun und jede Gefahr vor seinem Vaterland abzuwenden.

Wer es unternimmt, die Verfassung des Reiches oder der Länder gewalttätig zu ändern, begeht Hochverrat. Wer sein Vaterland oder dessen Geheimnisse verrät, begeht Landesverrat.“

Der neue Erlass des Reichspräsidenten ist durchaus zu begrüßen. Er bringt den Reichswehrangehörigen klar zum

Bewußtsein, welche obersten Pflichten ihnen als Wehrmännern der deutschen Republik obliegen und ganz eindeutig macht sie darauf aufmerksam gemacht, daß der heutige Staat eine Republik ist, der die Soldaten durch ihren Eid die Treue verpflichtet sind und daß jede Abweichung von dem Landesverrat ist.

Wir stimmen auch der Auffassung des Reichspräsidenten, daß die Reichswehr dem Staat, nicht aber den Parteien dient. Es muß alles versucht werden, um die Wehr, in Anwendung eines Wortes des Reichswehrministers Dr. Groener, „aus der politischen Dredlinie“ herauszuheben. Die neue Fassung über die Berufspflichten der Reichswehr richtet sich ganz deutlich gegen die in letzter Zeit immer sichtbarer auftretenden rechts- und linksradikalen Wehrführer, innerhalb der Reichswehr Einfluss zu gewinnen, um dort eine staatsgefährdende Tätigkeit entfalten zu können. Sowohl der Reichspräsident wie auch der Reichswehrminister energisch bestrebt sind, diesen Wehrführern entgegenzutreten, haben die Darlegung des Reichspräsidenten bei den Wehrdebatten in der Reichstag das Bestreben einer Partei treuer — nämlich der Kommunisten und Sozialisten ausgenommen — auf keine parteipolitischen Kämpfe um die Reichswehr zurückzuführen. Hoffentlich bleibt das auch in der Zukunft so, was dem Offizierskorps der Reichswehr wesentlich beitragen kann.

Wo bleibt die Staatsmacht?

Nationalsozialisten auf Menschenjagd

Die Völk. Stg. berichtet aus Berlin: „Der planmäßige Überfall der Nationalsozialisten auf den kommunistischen Zeitungsbändler Heimburger auf Innsbruder Platz ist nunmehr durch die Feststellung der Abteilung I A rechts aufgeföhrt worden. Der Vernehmungrichter im Polizeipräsidium hatte bereits gegen zwölf an dem Überfall beteiligte Nationalsozialisten Haftbefehl erlassen, als der wirkliche Täter, durch dessen Dolchstoß Heimburger niedergestreckt wurde, ermittelt werden konnte. Es handelt sich um den 21jährigen Postausstatter Eugen Weissenberger, der in der Westfälischen Straße 28 in Halensee wohnt und Angehöriger des Sturms 4 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist. Weissenberger hat ein Geständnis abgelegt.“

Aus einer amtlichen Mitteilung des Polizeipräsidiums geht hervor, daß Mitglieder des Sturms 4 und 9 der NSDAP, die sich in ihrem Verberufesfotol „Zur Armeel“ aufgeschoben hatten, ohne jeden Grund auf sechs Personen, die sie als Kommunisten ansahen, eingeschlagen hatten, nachdem sie ihren Opfern vorher das Entweichen unmöglich machten.

Der später ermordete Heimburger war quer über die Straße gestürzt, und zunächst beim Überbringen des Schweregüters der Straßenbahn zu Fall gekommen. Sein Verbleib im Weissenberger einige Stöße mit dem Dolch. Als Heimburger sich auftrafte, wurde er von den Verfolgern, an deren Spitze die Nationalsozialisten Zieger, Kieie, Dieterich, Fißler, Fiedelhorn und Koble standen, eingeschloßt. Die Wunde schlug dauernd auf ihn ein.

Heimburger flüchtete schließlich in ein Lokal an der Ecke der Stierstraße, wurde aber von seinen Angreifern herausgeholt, auf

die Straße geworfen, mit Schlagwerkzeugen bearbeitet und Sticheinfälle ins Gesicht getrieben. Bei der Einlieferung ins Krankenhaus war Heimburger seinen schweren Verletzungen bereits erlegen.

Es handelt sich demnach um einen durch nichts begründeten, den überfall nationalsozialistischer Kommiss. Die Völk. Stg. weist wiederholt darauf bin, daß innerhalb der Reichswehr die Nationalsozialistischen Zellen bestehen, durch die der Führer der Mörder ein Postausstatter gewesen ist, wird die Behauptung erneut unter Beweis gestellt.“

Angewichts dieses unheimlichen Treibens stellt die Völk. Stg. folgende Forderung:

„Man hat den kommunistischen Roten Frontkämpferbund verboten, weil er die Straße terrorisierte. Der Rote Frontkämpferbund war der kommunistischen Partei nicht unmittelbar einzuordnen. Die Nationalsozialistische Partei birgt in ihrem Rüstzeug S.A.-Abteilungen, auf deren Konto Schredenstein nach Schredenstein kommt, jene S.A.-Abteilungen, die die nationalsozialistische Partei als ihre Garde proklamieren. Die Polizei hat gegen nationalsozialistische gegenüber lange genug Nachsicht geübt. Sie verzieht sie nicht die Sturmabteilungen und das Uniformierte Tag über Tag werden kommunistischen Lehren angenommen, weil sie die Uniform des verbotenen Rot-Frontkämpferbundes tragen. Tag über Tag aber dürfen nationalsozialistische Herden ihre Stangen dem Blut ihrer politischen Gegner besetzen und werden von der Partei gebodt. Der unglückliche Heimburger ist auf qualvolle Weise zu Tode gemartert worden. Jedes Stadium dieses qualvollen Todes ist der Polizei bekannt. Jetzt ist es an der Zeit, die Macht des Staates zu zeigen.“

Wiederbelebungsversuche bei den Demokraten

Der Reichsparteiausschuss der demokratischen Partei hat am Sonntag in Halle getagt. Er endete nach Reden von Prof. Hellpach und Koch-Weser mit der Annahme einer von Frau Bäumer vorgelegten Entschließung mit 118 gegen 25 Stimmen. Der Kern dieser Entschließung liegt in dem folgenden Satz:

„So bedarf sich der Parteiausschuss auf einer Neubelebung und Affizierung der deutschen demokratischen Partei.“

Die demokratische Partei konnte in der letzten Zeit nicht leben und nicht sterben. Ihr Parteiausschuss hat beschlossen, daß sie leben soll, aber ob Beschlüsse allein hinreichend sind, um ihr neues Leben einzuföhren, ist fraglich.

Der Parteiausschuss hat ferner eine Art Aktionsprogramm aufgestellt. Aus diesem Programm geht hervor, daß es sich bei der Neubelebung im wesentlichen nur um das Weitermachen im alten Stil handeln soll. Zur Arbeitslosenversicherung forderte dieses Aktionsprogramm einen Abbau der Leistungen auf dem Wege der Bildung von Gehaltsstellen. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik erhebt das Programm Bedenken gegen neue Steuern und die Wirtschaft belastende Ausgaben und fordert die schleunigste Vorlegung eines Sparprogramms.

Keine neuen Steuern und Einsparungen. Das ist sicher eine all-

gemeinforderung. Aber ebenso gut könnte man im gegenwärtigen Augenblick die Lösung der Quadratur des Kreises fordern.

Der Sinn dieser Tagung ist also: Es bleibt bei den Demokraten alles beim alten.

Stahlhelmpläne

Der hannoversche Landesverband des Stahlhelm rief mit der Tagung in Hannover in der Bevölkerung auf starke Unterstützung zu. Von Hagenfeld wurde nichts zu sehen. Eine neue Saalfelder mußte ausfallen, weil keine Besucher erschienen. Auf einem voranegangenen Pressempfang sprach der Landesführer Seidie von der Wichtigkeit des Stahlhelms, nach 12 Jahren nun auch „praktisch“ zum Ansehen und Einfluß zu gelangen. Dabei gelte es Männer des Stahlhelms an maßgebende Stellen zu bringen, überalterte Kräfte auszuhalten und sie durch jüngere Elemente aus den Reihen der Frontsoldaten zu ersetzen.

Zurückgekehrt

Die Abgeordnete des hannoverschen Landtags, Rosa W. hat in der letzten Woche aus der Kommunistischen Partei ausgetreten und ist seitdem im Landtag fraktionslos. Sie war mehr der Sozialdemokratischen Partei, der sie früher angehört hätte, wieder beigetreten.

Sozialdemokratie und Befreiungsfeiern

Im Haushaltsauschuss des Reichstags hat Abg. Ritzmann (So.) die Tatsache hervor, daß am 1. Juli das Rheinland frei werden wird. Dieser Erfolg sei nicht herbeigeführt durch die Politik, die der gegenwärtige Minister betriebe habe, sondern sei das Ergebnis der Politik, die seit mehr als einem Jahrzehnt von der Sozialdemokratie, gleichviel, ob sie in der Regierung oder in Opposition war, durchgeführt worden ist. Es sei zu begrüßen, daß der Reichspräsident den Wunsch ausgedrückt habe, daß die Befreiungsfeiern in einfacher Weise vor sich gehen sollen. Soweit die Regierung einen Einfluß ausüben könne, müsse dafür gesorgt werden, die Befreiungsfeiern im hoffentlichsten Teil nicht zu endlosen Karnevalsfeiern werden zu lassen. Der Freiheitsbegriff der Masse der rheinländischen Bevölkerung erschöpfe sich aber nicht in der politischen Befreiung von der Besetzung, sondern schliesse auch die soziale Befreiung ein, d. h. sie verlangt, daß auch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse abgestellt werden können. Die Sozialdemokratie verlangt in diesem Zweck keine utopische Subventionenpolitik im Wehrprogramm, aber es müsse für das Rheinland der Zustand hergestellt werden, der ohne die Besetzung für die rheinischen Menschen und für die rheinische Wirtschaft bestanden hätte. Die Sozialdemokratie habe einen Antrag gestellt, dem Reichspräsidenten aus Anlaß der Befreiung einen Fonds zu einer sozialen Hilfsaktion für Kinder zur Verfügung zu stellen. Er hoffe auf Annahme. Er bitte um weitere Auskunft, wie das Wehrprogramm finanziert werden soll. Soll das ausschließlich durch Verwertung der Immobilien geschehen. Die Saarängerkonten werde immer größer. Mit dem im Etat vorgesehenen Beträgen könne man nicht auskommen.

Die Käumung
Worms, 26. Mai. Die letzten französischen Truppen haben heute abend Worms verlassen. In der Stadt halten sich nur noch etwa 20 bis 30 Mann einseitig Gendarmerie auf, die das Umwidlungskommando bilden. Der letzte Abtransport vollzog sich ebenfalls ohne Zwischenfall.

Wermersheim, 26. Mai. Der größte Teil der hiesigen starken Besatzung hat Wermersheim heute im Morgengrauen in Richtung Frankreich verlassen.

Weniger Reichstagsabgeordnete
Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, ist im Reichstagsministerium ein vorläufiger Referentenentwurf für das Auswahlgengesetz fertiggestellt. Dabei wird auch der Vorschlag gemacht, die Zahl der Reichstagsabgeordneten zu vermindern. Nach dem Vorschlag des Reichstagsministeriums soll erst auf 8000 Stimmen ein Abgeordneter entsenden. Das würde bedeuten, daß nach den Ziffern der am 20. Mai 1928 stattgefundenen Reichstagswahl der Reichstag nicht 490, sondern wenn die geschilderten Stimmen mitgerechnet werden, nur 384 Abgeordnete zählen würde.

Undurchsichtiger Reichsernährungsetat
Der Etat des Reichsernährungsministeriums, dessen Beratung im Haushaltsauschuss des Reichstags begonnen hat, ist wohl der undurchsichtigste Etat des ganzen Haushaltsplanes. An sich sind die Ausgaben des Reichsernährungsministeriums für 1930 einseitig um 35 Millionen Mark höher als 1929. Dazu kommt eine Nachforderung in Höhe von 10 Millionen Mark. Darüber hinaus ist im Ernährungsetat für 1930 ein Viertel enthalten, aus dem die Einnahmen des Reiches aus dem Maismonopol ganz allgemein zur Förderung der Landwirtschaft verwendet werden sollen. Hier können sich die Ausgaben des Ernährungsministeriums für 1930 noch um Millionen erhöhen.

Die mittlere Höhe der Mittel, über die der Ernährungsminister im Laufe des Jahres verfügen kann, ist aber gar nicht feststellbar. Dafür sprechen die zahlreichen Titel im Etat des Ernährungsministeriums, die den Vermerk „Einnahmen aus Darlehensrückzahlungen fließen den Mitteln zu“ tragen. Diese Titel, die alle Subventionierung bestimmter Gebiete der Ernährungswirtschaft dienen, sind wegen dieser Anmerkung solange vollkommen unkontrollierbar als Nachweisungen über die tatsächliche Höhe der in sie fließenden Darlehensrückzahlungen nicht gegeben werden. Die Sozialdemokratie wird beantragen, durch entsprechende Veränderungen des Etats die endlich zu einer klaren Übersicht zu gelangen.

Schließlich verfügt das Ernährungsministerium noch über 60 Millionen Mark aus dem Vermögen der ehemaligen Reichsgetreidestelle zu Subventionszwecken, ohne daß hierüber im einzelnen Rechenschaft abgelegt wird.

Die Folge der Undurchsichtigkeit und der Dehnbarkeit von Etats, die vom Abg. Temmel (So.) im Ausschuss scharf kritisiert wurde, ist stets eine Vermehrung der in ihnen enthaltenen Mittel zu sehr zweifelhaften Zwecken. Die Spezialität des Reichsernährungsministeriums in dieser Richtung scheint die Finanzierung von Reisen aus den unwahrscheinlichsten Etatstellen zu sein. Jedes Ministerium hat für Dienstreisen einen Fond. Dem Ernährungsministerium genügt dieser Fond in Höhe von 40 000 Mark keineswegs. Aus einem Etatartikel, der der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung dient, hat es im Jahre 1928 — leider kommen die letzten verfügbaren Angaben aus diesem Jahr — fast 60 000 Mark für Reisen aller Art ausgegeben. Nicht nur Beamte des Ministeriums haben Gelder aus dieser Mitteln erhalten, sondern auch Redakteure zu landwirtschaftlichen Evidenzreisen. Kommunaldirektoren erhielten Beiträge dafür, daß sie „Auswärtiges Amt“ spielten und einen Sachverständigen zur Vorbereitung der Landwirtschaft einer deutschen Provinz an eine deutsche Auslandsvertretung sandte. Aus den Mitteln, die der Förderung des Weinbaues dienen sollen, sind Reisen finanziert worden, deren Kosten 5. L. für einzelne Beamte mehrere tausend Mark betragen haben.

Über auch, soweit die Mittel nicht für Reisen verwendet werden, muß dahingestellt bleiben, ob ihre Veranschlagung den elementarsten wirtschaftlichen Voraussetzungen entspricht.

Neue Zusammenstöße in Pirmasens
P.M.S. meldet aus Pirmasens: Infolge der erregten Stimmung über die sonntäglichen Vorfälle hatte sich gestern abend vor dem Rathhof der Kommunisten verbotswidrig eine größere Menschenmenge angesammelt, die trotz wiederholter eindringlicher Aufforderungen der Polizeibeamten die Straße nicht freigab. Die Polizei sah sich gezwungen, die Straße mit Gewalt zu räumen, wobei aus der Menge des Arbeiterlagers heimlich zurückgebliebenen Menge auf die Polizei Beamten geschossen wurde. Hierbei erlitten zwei Polizeibeamte Verwundungen. Nachdem auch aus den umliegenden Gegenden auf die Polizeibeamten geschossen wurde, räumte die Polizei nunmehr rückwärts unter Anwendung der Schusskraft die durch Rauchgas, eine andere durch Anlegelichter, erheblich verunreinigte und in ein Krankenhaus eingeliefert. Die verletzten Polizeibeamten wurden in ihre Wohnungen verbracht.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

In der ersten Hälfte des Mai ist die in der zweiten Aprilhälfte sehr ins Stocken geratene Saisonbelegung des Arbeitsmarktes im ganzen wieder etwas stärker gelaufen. Die Abnahme der bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitsuchenden betrug zum 4. Mai 1930 gegen 8000 in der vorhergehenden Berichtsperiode. Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an unterführten Arbeitslosen am 15. Mai 1930 folgender: In der verbleibenden räumlichen Arbeitslosenunterstützung 72 114 Personen, in der Arbeitslosenunterstützung 15 104 Personen. Die Gesamtzahl der Unterführten fiel in der Zeit vom 1. Mai bis 15. Mai um 5 898 Personen oder um 6,1 v. H. von 92 916 Personen auf 87 218 Personen, davon kamen auf Württemberg 30 246 gegen 33 439, auf Baden 56 972 gegen 59 477 am 20. April 1930. Im Gesamtbesitz des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 15. Mai auf 1 000 Einwohner 17,3 Hauptunterstützungsempfänger gegen 18,5 am 30. April 1930 und 11,3 am 15. Mai 1929.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Arbeitsmarktlage mit Ausnahme der badischen Koblenz in sämtlichen Berufsgruppen schlechter. Die Mehrbelastung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahr beläuft sich bei einem Gesamtbestand von mehr als 148 000 erwerbsfähigen Personen auf 50 000 Personen. Sauerländisch wies die Gruppe „Koblenz“ mit einer von fast 15 000, die Metallindustrie mit einer von 12 500 und die Badarbeiter des Baugewerbes mit einer von 8000 den Vorjahrsstand überschreitenden Arbeitsuchendenzahl.

Günstig betrachtet ist die Lage in den Bezirken der badischen Arbeitsämter besonders schlecht; dort ist jetzt Mitte Mai die Belastung des Arbeitsmarktes und der Unterführungsrichtungen noch so hoch wie im Frühjahr. Im württembergischen Teil des Landesarbeitsamtesbezirkes hat sich die Frühjahrslage wohl kräftiger durchsetzen können, im Vergleich zum Vorjahr aber ist die Mitte Mai sich ergebende Mehrbelastung des Arbeitsmarktes mit Stellenuchenden, absolut genommen, ebenso hoch und, relativ betrachtet, doppelt so hoch wie in Baden. Vent man dem Vergleich die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger zugrunde, so stellt sich die Entwicklung für Württemberg noch ungünstiger dar. In Baden ergibt ein Bestand von rund 57 000 Unterführten Mitte Mai dieses Jahres gegenüber 42 000 im Vorjahr ein Anwachsen um 14 000 Personen oder um 33 v. H., während in Württemberg ein Stand von 30 000 in diesem Jahre gegen 14 000 im Vorjahr eine Zunahme um 16 000 Personen oder mehr als eine Verdoppelung der Arbeitslosigkeit bedeutet. Die größere Überlastbarkeit, die den württembergischen Arbeitsmarkt lange auszeichnete, ist also in ganz erheblichem Maße geschwunden und wohl noch weiter im Schwünge begriffen.



Alle werktätigen Frauen ganz gleich, ob sie am Waschfass oder in der Küche, im Büro oder in der Fabrik arbeiten, gehören in die Sozialdemokratische Partei!

Freistaat Baden Kommunales Gepolter

Die Bedeutungslosigkeit des Parteitauges der Kommunistischen Partei Badens ließ der „Südwest“ erkennen, der in seiner vorigen Kleinheit von vornherein die Schwäche der kommunistischen Partei darlegte. Der kommunistische Parteitag in Karlsruhe versuchte daher, um diese Schwäche auszuweichen, durch starkes Gepolter dies weitzumachen. Dauernde Konfrontation auf dem Parteitag müßte die Inhaltslosigkeit der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden erleben. Und als gar ein angeblich parteiloser Arbeiter auf dem Parteitag erschien, um seinen Eintritt in die SPD zu erklären, da war der Freude kein Ende. Es gibt doch immer noch sehr bescheidene „Politiker“.

Lokalbahn und Autoverkehr

Die Generalversammlung der Bad. Lokalbahn-AG. genehmigte einstimmig die Bilanz des Geschäftsjahres 1929, die mit einem Verlust von 85 286 Mark abschließt, so daß einschließlich des Verlustes aus 1928 in Höhe von 200 000 Mark insgesamt ein Verlust von 285 286 Mark auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt. In der Begründung des Verlustabschlusses wurde ausgeführt, daß der ungünstige Abschluß in der Hauptsache auf die rückläufige Wirtschaftslage zurückzuführen sei, dann aber auch auf die Konkurrenz des Autoverkehrs. Allein der von der Stadt Karlsruhe, die ebenfalls fast das gesamte Aktienkapital der Gesellschaft in Händen hat, eingerichtete Autoverkehr nach dem Harz-Küppel habe bei der Bahn einen Einnahmeausfall von rund 120 000 Mark zu verzeichnen.

Großtage des Reichsbanners

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird dieses Jahr von seiner Tradition — am Verfassungstag sein jährliches Bundestreffen abzuhalten — abweichen. Zwei Bundestage von einmaligem Charakter sind für 1930 angelegt.

Für Pfingsten ein in Magdeburg stattfindendes Jungbanner-Schulportier- und Spielzeugtreffen, für den 20. Juli eine Rheinlandbefreiungsfeier in Mainz. Das Pfingsttreffen wird auf dem Gelände der neuerrichteten Großen Bundesstraße des Reichsbanners in Magdeburg erfolgen und am 7. Juni ebenfalls mit einer Akademischen Feier eröffnet. Der erste Pfingsttag feiert nach dem Baden durch Spielzeug umhüllte eine große republikanische Kundgebung. Anschließend erfolgt auf dem Domplatz ein Gesamtanmarsch vor dem Bundesvorstand, wobei sämtliche Spielmannskorps mitwirken und Bundesvorsitzender Hörling eine Ansprache halten wird. Am 2. Pfingsttag finden lokale Wettkämpfe statt.

Die Befreiungsfeier in Mainz am 20. Juli wird einen Massenaufruf der westdeutschen und süddeutschen Gaue bringen. Baden gehört zu den Pfingstgauen und gerade im badischen Reichsbanner besteht gute Stimmung für einen starken Aufmarsch bei den Befreiern des besetzten Gebietes. Die Feier, die ursprünglich für den 6. Juli geplant war, ist nach Neuverweigerung des Bundesvorstandes des Reichsbanners nunmehr bestimmt auf den 20. Juli verlegt worden.

Der badische Innenminister stattete in Begleitung des Ministerialrats Dr. Scheffelmeyer der Stadtgemeinde Rehl einen Besuch ab. Im Bezirksamt fand eine Besprechung mit Landrat Schindler und Bürgermeister Dr. Luthmer statt über wichtige Angelegenheiten der Stadt Rehl.

Volkswirtschaft

Reichsmilchstatistik. Nach der im Jahre 1929 im ganzen Deutschen Reich durchgeführten Milchproduktionsstatistik belief sich der Gesamtmilchertrag in Baden auf 698 311 000 Liter bei einer Zahl von 230 840 Kühen. Der Gesamttertrag im ganzen Reich belief sich auf: 21 033 049 000 Liter.

Export und Ausfuhrbeurteilung. Wie uns die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, hat der Reichsinnenminister auf Grund der mit England und Frankreich geschlossenen Verträge bis auf weiteres die am Ausfuhrhandel nach England, Frankreich und Belgien beteiligten Exporteure von der im Rahmen der Paulschabkommen vom 3. April 1925 und 16. März 1929 übernommenen Verpflichtung zur Ablieferung von Ausfuhrbeurteilungen für den Dienst der englischen und französischen Reparationsabgaben entbunden.

Die Duderhoff-Widmann-Bauunternehmer, konnten ihren Umsatz im verflochtenen Jahre weiter steigern. Insbesondere wurde der Arbeitsbestand durch Reparationsbauten erweitert. Der Bruttogewinn steigerte sich von 1,94 auf 2,2 Millionen Mark. Die Abschreibungen wurden von 1,15 auf 1,23 Millionen Mark heraufgesetzt. Den Reingewinn gibt der Konzern mit 1,09 Millionen Mark an (im Vorjahr 990 000 Mark). Daraus wird eine Dividende von 10 % gezahlt. Das Unternehmen schüttete im Vorjahre 8 % und im Jahre 1927 6 % aus.

Aus aller Welt

Riesenbrand im Berliner Osten
Ein Riesenfeuer wütete auf dem Reichsbahnareal an der Markgrafendamm in Straßau-Kummelsdorf. Die ehemaligen Reichsbahnwerkstätten, ein Schuppenkomplex von vielen hundert Metern, bildete ein gewaltiges Feuermeer. Eine ungelohene Rauchfahne kennzeichnete Kilometerweit den Ort der Brandkatastrophe. Fast sämtliche Berliner Feuerwehren wurden alarmiert, in kurzer Zeit waren etwa zwanzig Löschzüge herbeigeleitet.

Die Massenvergiftungen durch Speiseeis
Braunschweig, 26. Mai. Die Zahl der noch dem Genuß von Speiseeis erkrankten Erwachsenen und Kinder ist auf 60 gestiegen.

Hanussen löst sämtliche Aufgaben
M.B. Berlin, 2. Mai. In dem Zeitweiligen Prozeß gegen den Telegrafischen Hanussen wurde gestern die dem Gerichtshof gelegentlich gegeben. Er haben seines Könnens zu geben. Wie das Berliner Tageblatt berichtet, löste Hanussen die ihm gestellten Aufgaben mit einer verblüffenden Sicherheit.

Unwetter
In Oberösterreich hat Hagel die Feldbestände in einem Umkreis von 15 Kilometer vernichtet.

Nach dem Genuß von Schweinefleisch erkrankt
Braunschweig, 26. Mai. Wie der Braunschweiger Allgemeine Anzeiger aus Eilenrode im Harz berichtet, stellten sich bald nach dem Genuß eines Schweinefleischens im Hausback des Schmiedemeisters Drage bei seiner Ehefrau, bei der Schwägerin Draage, bei den Töchtern und bei den Kindern schwere Vergiftungserscheinungen ein. Die Schwägerin ist gestorben, Drage selbst und seine Tochter, die noch nicht von dem Schinken gegessen hatten, sind gesund geblieben. Der Schinken wurde zur Untersuchung an die Universität Göttingen geschickt.

Späte Sühne für ein Sittlichkeitsverbrechen
Dresden, 26. Mai. Das Schwurgericht beurteilte den 27-jährigen Bäckerlehrling Karl Schaub wegen eines an einem Schützling begangenen Sittlichkeitsverbrechens mit Todesfolge zu zehn Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Erwerbsloshilfe. Schaub hatte das Verbrechen im Jahre 1924 begangen und sich im vorigen Jahr freiwillig der Polizei gestellt, nachdem er vorher mehrere Selbstmordversuche unternommen hatte.

Urteil gegen die Gebrüder Sa.
M.B. Berlin, 26. Mai. Das Schöffengericht Berlin-Wilm. ... urteilte die beiden Angeklagten Franz und Erich Sa wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu einem Monat Gefängnis. Die Unterfuchungshaft wurde ihnen angedroht und der Haftbefehl aufgehoben.

Das Säuglingssterben vor der Lübecker Bürgererschaft
Lübeck, 26. Mai. Die Lübecker Bürgererschaft verhandelte am Montag abend über die unglücklichen Folgen der Calmettefütterung. Ein Senatsvertreter teilte mit, daß der Oberstaatsanwalt das Berliner Gutachten abwar, um darnach seine Schritte zu unternehmen. Ein Sachverständiger des Pasteur-Instituts sei für die allernächste Zeit in Lübeck zu erwarten. Der sozialdemokratische Antrag, die leitenden Fachbeamten Dr. Altknecht und Prof. Dr. Denke zur Disposition zu stellen, wurde mit einfacher Mehrheit angenommen. Er geht an den Bürgerauschuss und kommt dann zur nochmaligen Abstimmung in der Bürgererschaft.

Frankreich gegen Mussolinis Drohheden
Die letzten Drohheden Mussolinis haben in Paris dem Fab den Boden ausgeschlagen. Selbst Berlingoz vom Echo de Paris, der reaktionäre aller französischen Außenpolitiker, protestiert jetzt gegen die fortgesetzten Bestrebungen Mussolinis und erklärt, es werde immer mehr klar, daß Mussolinie auf einen Krieg hinarbeite.

Partei-Nachrichten

Sagfeld. Sozialdem. Verein. Es sei nochmals auf die am Mittwoch, 28. Mai, abends 8 Uhr, im Rathaus stattfindende **Mitgliederversammlung** mit Berichterstaltung vom badischen Parteitag aufmerksam gemacht. Vollständiges Ereignis wird erwartet. Die Vorstandsmitglieder treffen sich um 7.30 Uhr.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ein neues Tief ist vor den Kanalengegend gesogen und hat Kurs auf das Festland. Wir werden im Bereiche seiner maritimen Luftmassen das kühlere und wolke Wetter mit frühweiligen Regen erleben.

Voraussetzliche Witterung für Mittwoch, den 28. Mai: Boreisende mäßig und kühl mit frühweiligen Regenfällen, westliche Winde.

Letzte Nachrichten

Zeppelin wieder in Pernambuco

Pernambuco, 26. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist auf der Rückfahrt von Rio de Janeiro heute früh 8.25 Uhr Ortszeit hier wieder eingetroffen.

Mit den Vorbereitungen für den Weiterflug nach Savannah wurde sofort begonnen.

Tagung süddeutscher Zeitungsverleger

In Bad Dürkheim fand eine Tagung des Vereins süddeutscher Zeitungsverleger statt, wobei vor allem der pfälzischen Presse für ihre Haltung in der Zeit der Besetzung gedankt wurde.

Wasserstand des Rheins

Basel 174, Gef. 11; Waldsbut 359, Gef. 12; Schutterinsel 248, Gef. 3; Rehl 365; Maxau 572, Gef. 18; Mannheim 510, Gef. 11 Zentimeter.

Veranstaltungen

Dienstag, den 27. Mai 1930.

Bad. Landesbühnen: Alcinä, 20 Uhr. Colosseum: Internationale Ringkampfe, 20 Uhr. Liebke-Bühnen: Zonfilm: Die letzte Nacht auf der Titanic. Union-Theater: Moral um Mitternacht. Stadt-Theater: Freiberger der Bühne. Gloria-Bühnen: Die Drei um Odith. Schauburg: Zonfilm: Filieger. Badische Lichtspiele: Schwere Wirt, 20.30 Uhr. Stadtgarten: Konzert, 19.15-18 Uhr.

BILLIGE LEBENSMITTEL

Verkauf soweit Vorrat!

Kopfsalat	6 Stück	28/-
Frische Gurken	Stück	45/-
Frischer Wirsing	Pfund	14/-
Zitronen	Dutzend	50/-
Emmentaler	1/2 Pfund	70/- Pfund 1.30
Edamer vollfett		Pfund 1.10
Amerik. Schmalz		Pfund 68/-
Schinken gekocht	1/2 Pfund	95/-
Dörrfleisch		Pfund 1.45
Matfells (Matjesheringe)	5 Stück	48/-
Neue Kartoffeln	3 Pfund	36/-

Für den Rucksack
Hausmannskost

Tafelfertige Fleischkonserven	
Fleischhaschee	Dose 60/-
Div. Suppen	Dose 80/-
Div. Gerichte	Dose 95/-

Gleiszeller Muskateller Ltr. 1.00
Alter Ungsteiner rot Ltr. 1.00

HERMANN KARLSRUHE

Tod allem Ungezielter

durch den bestbewährten Spezialisten
Anton Springer
Ettinger Str. 51
Telephon: 2340

Müllabfuhr.

An Christi Himmelfahrt, Freitag, den 31. Mai, wird kein Müll abgeholt. Die betreffenden Bezirke werden jeweils am darauffolgenden Tage bedient.
Karlsruhe, 27. Mai 1930
Städt. Tiefbauamt.

Badener Heimattag Karlsruhe 1930 (11.-14. Juni)

Wir berechnen den Kleinbetrieb unseres amtlichen Festabzeichens und der amtlichen Festpostkarte gegen geldliche Abfindungen. Bewerber wollen sich vorbehaltlich Vereinbarung der näheren Bedingungen schriftlich (bietet nicht verbindlich) bis spätestens 29. Mai bei uns melden.

Verkehrsverein Karlsruhe (Rathaus).

Verkehrsverein Karlsruhe e. V.

Einladung zur ordentlichen Mitglieder-Verammlung

Freitag, den 13. Juni 30, 18 Uhr (nachmitt. 6 Uhr) in den Bürgeraal des Rathauses in Karlsruhe.

Tagungsordnung:
1. Entgegennahme und Beantwortung der Berichte.
2. Abnahme der Jahresrechnung.
3. Genehmigung des Voranschlags u. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge.
4. Beschlußfassung über die auf der Tagesordnung stehenden Anträge.
5. Veränderung der Satzungen.
6. Sonstiges.
Anträge zu Punkt 4 sind 8 Tage vor der Versammlung, d. h. bis spätestens Donnerstag, den 28. Juni, 3 mit Begründung dem Vorstand schriftlich einzureichen.
Karlsruhe, 27. Mai 30.
Der geschäftsführende Vorstand.

Rama im Blauband

MARGARINE

Dieses Datum-Zeichen bürgt für frische Qualität

Badischer Schwarzwaldberein

Ortsgr. Karlsruhe

Sonntag, 1. Juni 1930. Treffen nord-a. mittelbad. Ortsgr. auf der Schwend. Abfahrt 8 Uhr, Sonntagstarke Achern, Führer Seiler.

Sonntag, 1. Juni 1930. Jugendwanderung. Abmarsch 14 Uhr, Landesbühnen, Führer Singler. Zahlreiche Beteiligung insbes. der männlichen Jugend erwünscht.

Donnerstag, 12. Juni 1930. Vereinsabend. XII. Vortrag über Wimpfen.

Sonntag, 15. Juni 1930. Besuch des Salzbergwerkes Rodendorf und von Wimpfen a. R. Einzeichnungslisten und Anstufung bei: Berthold Dohler, Schüringstr. 20; Photographen Hans-Heinrich 37 u. d. Filiale b. d. Hauptpost; Photographen Engel, Schützenstr. 12; Uhrmacher Moraller, Amalienstr. 69.

Der Alpenverein, Sekt. Karlsruhe, lädt unsere Mitglieder auf Anfang August zu einer erheblich verbilligten Sonderfahrt ins Central ein. Anstufung in den Sporthäusern Freudenlieb und Müller. (4006)

Badisches Landesstheater

Dienstag, 27. Mai

Th.-Gem. 2. S.-Gr. **Zum ersten Mal ALCINA**

Eine Barockoper von G. F. Händel
Dirigent: Krübs
Regie: Wippenbecher
Mitwirkende: Biant, Franz, Grünwald, Schjert, Ragda Strad, Kuntzig, Schoepflin
Anfang 20 Uhr
Ende gegen 22 1/2 Uhr
Preise C (1.00-7.00 A.)
Mi. 28. 5. Bräutle China. Do. 29. 5. Die Weiserfinger von Nürnberg. Fr. 30. 5. Marius. Sa. 31. 5. Zum ersten Mal: Vom Teufel geholt. So. 1. 6. Alcinä. Mo. 2. 6. Bräutle China.

Colloleum

Heute 8.30 Uhr rings:
Stolzenwald-Wildmann
Entscheidungskampf: Wehrm-Schwarzbauer
Entscheidungskampf: Haber-Grünewald

Lebensbedürfnisverein

Neue holländ. Matjes-Heringe
Stück 13 Pfennig

Neue italien. Kartoffeln
Pfund 14 Pfennig

Abgabe nur an Mitglieder.

Durlacher Anzeigen

Bladen von Schutz

Es behält die Anzeigenverwaltung die Rechte vor, die als amtliche Schutzabladungen zu bestimmen sind:

- der hinteren Zell des ehem. Dampfzylinderplatzes (hinter der Gärtnerei Koch),
- das alte Kleinbahndepot hinter dem Geschäftshaus der Firma Radmann,
- die verlassene Steingrube vor der Rüstschleibung.

Alle anderen Plätze sind verboten. Auch ist der Müll und Schutt unmittelbar an das anfallende Gelände heranzuführen und nicht an den Fußgängerwegen abzuladen. Zuwiderhandelnde werden streng bestraft.

Anträge auf laufende Müllabfuhr durch die Stadt sind zum Hausigentümer beim städt. Tiefbauamt zu stellen.
Durlach, den 26. Mai 1930.
Der Oberbürgermeister.

Gaggenauer Anzeigen

Hundsteuer.

In der ersten Hälfte des Monats Juni ist jeder über 3 Monate alte Hund schriftlich oder mündlich bei der Stadtkasse hier anzumelden. Mit der Anmeldung ist gleichzeitig auch die Steuer nebst Zuschlag zu entrichten.

Die Steuer beträgt für den ersten Hund jährlich 24.- M. und für jeden weiteren Hund 48.- M.

Für Hunde, die erst nach dem 1. Januar anmeldepflichtig werden, ist für die Zeit bis zum Schluss des Steuerjahres (31. Mai) nur die Hälfte zu bezahlen.

Jeder 3 Monate alte Hund, der nach dem 15. Juni ds. Js. bis 31. Mai des nächsten Jahres in Besitz genommen oder in die Gemeinde einbracht werden, ist innerhalb 4 Wochen nach dem Befehls- oder Einbringungsdatum, Hund, die erst nach Ablauf der allgemeinen Anmeldepflicht das Alter von 3 Monaten

Bernsbacher Anzeigen

Durchführung der Nachweisung betr.

Zum Wesseln und Wägen im öffentlichen Bereich, sofern dadurch der Umfang von Zeitungen bestimmt werden soll, dürfen nur geeichte Maße, Gewichte und Waagen verwendet und bereit gehalten werden, die innerhalb bestimmter Fristen auch zur Nachweisung zu bringen sind. Nachweisungsfrist 2 bzw. 3 Jahre, Erfordernis, Eichstempel und Jahreszeichen des laufenden oder eines der 2 bzw. 3 vorhergehenden Jahre.

Die Neu- und Nachweisung aller Messgeräte wird durch die Staats Eichämter und bei den Abfertigungsstellen innerhalb ihrer Befugnis jederzeit vorgenommen.

Die Nachweisung der Längenn Maße, Flüssigkeitsmaße, Messwerkzeuge für Flüssigkeiten, Schmelze und Messwerkzeuge für trockene Gegenstände, Gewichte und transportable Waagen bis zu 3000 Kilo Tragkraft (ausgenommen die Präzisionswaagen) ist 2 Jahre - wird außerdem durch die Staats Eichämter und bei den Abfertigungsstellen innerhalb ihrer Befugnis jederzeit vorgenommen.

Auf besonderen Antrag der Messgerätebesitzer können anlässlich der Nachweisung

Bücherverkauf

Große Auswahl, Spottdruck, Math. Gauß, Brannenstr. 5.

Reelle Vertretung od. dergl. gesucht. Büro, Telefon, Lager, Schreibmaschine vorhanden
Telefon 4542. 14001

Einl. Fräulein sucht zu widmer Stellung in Haushalt. - Angebote unter Nr. 3888 das Volksfreundbüro.

Guterhaltene Nähmaschine sofort Spottdruck zu verkaufen. 4004
Kriegsstr. 109 part.

Frach. Smolting-Schneid-Büchse verleiht 2588
Französisch, Gartenstr.

Mädchen sucht et. od. für 40 M. zu bet. [2519
Steinweg, Bad. Baden
Wilhelmstr. 4

Der betr. Gemeinde die Messwerkzeuge

Wird die Eichung besonders beantragt, für Flüssigkeiten, Petroleum, Öl, Wasser und die Reinigungsanlagen am Wasserläufer nachgemacht werden. Die Messgerätebesitzer müssen sich jedoch der Pflicht, die zur Nachweisung erforderlichen Prüfungsstellen von der Amtseichämtern und wieder zurück zu den Messgeräten zu bringen.

Für diese Eichung außerhalb der Amtseichämter, wenn sie auf einem Kundenauftrag erfolgt, wird ein Zuschlag von 1 Pfennig auf den Eichgebühren von jedem Antragsteller zu entrichten.

Die Eichung besonders beantragt, wird nicht anlässlich der periodischen Nachweisungsfrist, sondern nach dem Antrag nach § 1 Ziffer 5 der Eichgesetzgebung vom 24. Mai 1924, Reichsgesetzblatt 1924/1 Seite 607 berechnet.

Der Nachweisung wird eine polizeiliche Nachschau folgen, bei der aber keine Nachschau folgen, wenn die Nachweisung angenommen werden, ob alle im öffentlichen Verkehr befindlichen Messgeräte (wie z. B. Maßstäbe, Waagen, etc.) in der richtigen Eichung sind, unter Angabe von Name und Stand der Nachweisung vorzunehmen. Der Nachweisung sind die Eichgebühren von den Beamten sofort zu bar erheben.

Bad. Eichungsamt.

Wir bringen vorstehende Bekanntmachung des Bad. Eichungsamtes zur Kenntnis der in Betracht kommenden Nachweisungsstellen mit dem Bemerken, dass die Nachweisung in dieser Stadt, den 3. Juni bis 21. Juni 1930 in der Meißnerstraße stattfindet.
Gaggenau, den 26. Mai 1930.
Bürgermeisteramt.
Renauss.

Eilen Sie! zum **30-40%!!** **Rabatt!!**

Uhren-Ausverkauf ab 27. Mai 1930

Original Schweizer Herren- und Damen-Armband- und Taschen-Uhren, in Gold, Silber, Metall, mit la Ankerwerken

wegen **Geschäftsverlegung**

D. Vogel & Co. „EUIVA“ Uhrenkompagnie
Kaiserstr. 229, 1 Treppe, Tel. 7263

Es ist jedem Kranken Gelegenheit gegeben

System Wohlmuth

in u. außer dem Hause bei sehr mäßigen Preisen zu erhalten. Auskünfte kostenlos. Sprechzeit: tägl. von 3-7 Uhr. Schwester Bäumwald, Karlsruhe, Reiterstraße 1, 4. Stock

Zurück!

Dr. Brilmayer
Facharzt für Nerven- und Gemütsleiden
Kaiserstraße 247, Telefon 1955
Sprechstunden 11-1 und 4-6 Uhr

Bücher braucht Jeder!

Das Mutterhaus der Schwestern des Bad. Frauenvereins vom Roten Kreuz

begeht am **Donnerstag, den 29. Mai 1930** die Feier seines **70 jährigen Bestehens**

Aus diesem Anlaß findet am **Donnerstag, den 29. Mai**
Freitag, den 30. Mai und
Samstag, den 31. Mai

Jeweils nachmittags 3 Uhr beginnend im Mutterhaus in Karlsruhe, Kaiser-Allee 10 (Eingang Kochstraße) ein

Verkauf und eine Verlosung von Handarbeiten und sonstigen Spenden der Schwestern statt. Hierbei werden Erfrischungen, Kaffee u. Gebäck verabreicht.

Freunde und Gönner unserer Schwesternschaft sind zur Teilnahme freudl. eingeladen. **Der Vorstand.**

Ruckfläcke Brotbeutel Tornister

Gelchw. Lämmle
51 Kronenstr. 51

Junge Schneiderin arbeitet für jede Figur in und außer dem Haus
Telephon 4542.

Meidchen i. 12 J., 4 K. August i. 63, 4 K., i. 163, 10 K. Wilhelmstr. 18, 3.

STADTGARTEN

Mittwoch, den 28. Mai, von 15 1/2 bis 18 Uhr.

Nachmittags-Konzert des **Gemeinschaftsorchesters.**

Plakate in künstlerischer Ausführung fertigt an Verlagsdruckerlei Volksfreund G.m.b.H.

HERREN WÄSCHE Unterzeuge

Cravatten Socken Handschuhe

Karl Kimmerle
Inhaber: L. HESS
Spezial-Geschäft für Herrenhüte, Herrenwäsche
OFFENBURG, LANGESTRASSE 1

Damen- u. Fahrrad Herren- sowie Mädchen- und Knaben-Fahrrad, gut erhalten, billig zu verk. Säbingerstr. 46 Rungmann. 4000

Jugelaufen jg. Hund, weiß, mit roten Flecken, abzuholen bei Steimle, Saffierstr. 23. 5522

Olympia

SCHREIBMASCHINE

Europa-Schreibmaschinen A.G.

Berlin, Breslau, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart

In modernen **Gardinen u. Dekorationen**

bringen wir Dienstag u. folgende Tage ein großes **Sonderangebot zu enorm billigen Preisen.**

Unsere Werkstätten pflegen seit Jahren die Herstellung neuzeitlicher Dekorationen. Unsere Erzeugnisse nach eigenen und gegebenen Entwürfen sind anerkannt erstklassig, gut und preiswert. Unsere Schaufenster bieten Ihnen einen kleinen Überblick. Entwürfe in neuzeitlichem Geschmack, für jeden Raum passend, liegen zur Einsicht aus. Beratung kostenlos.

Tüll-Vitragen in versch. Breiten . . . von	35 an	Scheibengardinen in Tüll u. Etamin, in allen Preislagen von	50 an
Landhaus-Gardinen Etam m. Eins.-Vol-Spitze . . . von	45 an	Halbstores Etamin, in allen Macharten von	1.50 an
Landhaus-Gardinen in Voile Mtr. 1.90, 1.50 bis	95 an	Halbstores in Gittertüll, aparte Neuheiten	4.50 an
Gardinen-Müll doppeltbreit . . . Meter von	55 an	Halbstores ganz Filet-Netz, mit reich. Handstopparbeit, ecru von	9.75 an
Spannstoffe in allen Breiten, modern gemust. Meter von	85 an	Halbstores Meterware, für extra breite Fenster, in vielen verschiedenen Qualitäten Meter von	2.90 an
Gitter-Storstoff 150 cm breit, mit kunstseidenen Streifen . . . von	1.50 an	Etamin-Garnituren 3teilig, m. reichem Einsatz u. Spitze v.	3.25 an
Gitter-Tülle der mod. Faltenstoff, in 100, 150, 200 cm bis 4 Meter vorrätig	1.40 an	Tüll-Garnituren 3teilig, die gute waschbare weiße Gardine von	2.50 an
Voll-Voiles bedruckt, neuzeitl. gemustert	2.75	Madras-Garnituren 3teilig, modern gemustert von	3.50 an
Voll-Voiles 112 cm breit, dunkelgründig, hervorragende Wirkung Meter	2.50	Dekoration in Voile, neuzeitlich gemustert, reich mit Volants verarbeitet	11.50
Dekorations-Rips 120 cm breit, in feinen zarten Farben . Meter	2.50	Dekoration aus Kunsta-Flammenrips, quer gestreift, mod. verarb. 16.80 u.	13.75
Kunstseiden-Rips 130 cm br. gem. in viel. Farben Meter	2.95	Dekorationen sehr apart, aus schwerem Kunsta-Rips, reich verarb. von 29.- bis	19.50
Madras hellgründig, Neuheit, Indanthren, 130 cm breit, sehr wirkungsvoll Meter	2.60	Bettdecken 2 bettig, Etamin von	5.25 an
Biedermeierleinen mod. Streifen, groß. Sortiment, 1. Restaurations-Gard., Veranda- und Küchenvorhänge	1.25	Bettdecken 1 bettig, Etamin von	2.95 an
130 cm breit Meter	2.25, 1.80, 1.60		
80 cm breit Meter	1.40, 1.25 u. 80		

KNOPF

Der kluge Reklamechef

muß alles wissen . . . besonders aber muß er eins beachten, daß nämlich ein dem Werbeetat entsprechender Erfolg immer nur dann erzielt werden kann, wenn dauernd die Garantie gegeben ist, restlos große Verbraucherschichten wirksam zu erfassen. Das bietet in vollster Gewähr ein Blatt wie der Volksfreund, die große politische Tageszeitung der werktätigen Massen. Das enge Verbundensein der Lesermassen mit ihrer Zeitung, dem Volksfreund, sichert den denkbar besten Werbeerfolg der Inserate und ist oft entscheidender als die Auflagenhöhe. Inseriert im Volksfreund.

Ein erschütternder Tatsachenbericht

ERNST F. LÖHNDORFF

Afrika weint

Das Tagebuch eines Fremdenlegionärs

Mit schonungsloser Offenheit enthält Löhndorff das **Gesicht der Legion.** — Dieses Buch hat nichts zu tun mit den nationalistisch aufgemachten Hetzbüchern gegen die Fremdenlegion und ist dennoch ein ergreifendes Dokument absoluter Ehrlichkeit, dessen Tatsachensprache — **anklagend und warnend** — für sich selbst spricht. Das 350 Seiten starke Werk, mit einer ausführlichen Karte des Legionsgebietes versehen, muß rückhaltlos empfohlen werden und kostet

steif kartoniert **RM. 4.-**

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernruf 7020 und 7021

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Karlsruhe

Mittwoch, den 28. Mai 1930, abends 8 Uhr im Restaurant „Friedrichshof“, Gartenstraße

Haupt-Versammlung

Tagesordnung:

Berichterstattung vom badischen Parteitag in Offenburg

Sie eruchen um guten Besuch der Versammlung

Der Vorstand

Todes-Anzeige

Schmerz erfüllt teilen wir Verwandten und Bekannten mit, daß unsere herzensgute, schaffensfreudige Gattin, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Luise Heldmaier
geb. Armbruster

gestern nacht plötzlich und unerwartet an einem Herzschlag im Alter von 58 Jahren sanft entschlafen ist.

In tiefem Schmerze:
Gottlieb Heldmaier
nebst Elsa und Heinrich
zum „Neuen Kaiserhof“.

Karlsruhe, den 24. Mai 1930.
Trauerhaus: Gartenstraße 68.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags um 1/4 Uhr statt.

Darlehen

an jedermann. Wohlbel. bis 18. Monate, dem W. Mathos, Karlsruhe, Kailerstraße 52, 11, 2-6 Uhr. Näheres erd.

Arbeiter! Werbt für eure Zeitung!

Gas- und Kohlenherde Badeeinrichtungen

in jeder Preislage Günstige Zahlungsbedingungen

W. Winterbauer
Zähringerstr. 57 Telefon 1111